

MIGRATIONSPAKT EU/TÜRKEI

Erdogan ist schwach

Thomas Mayer

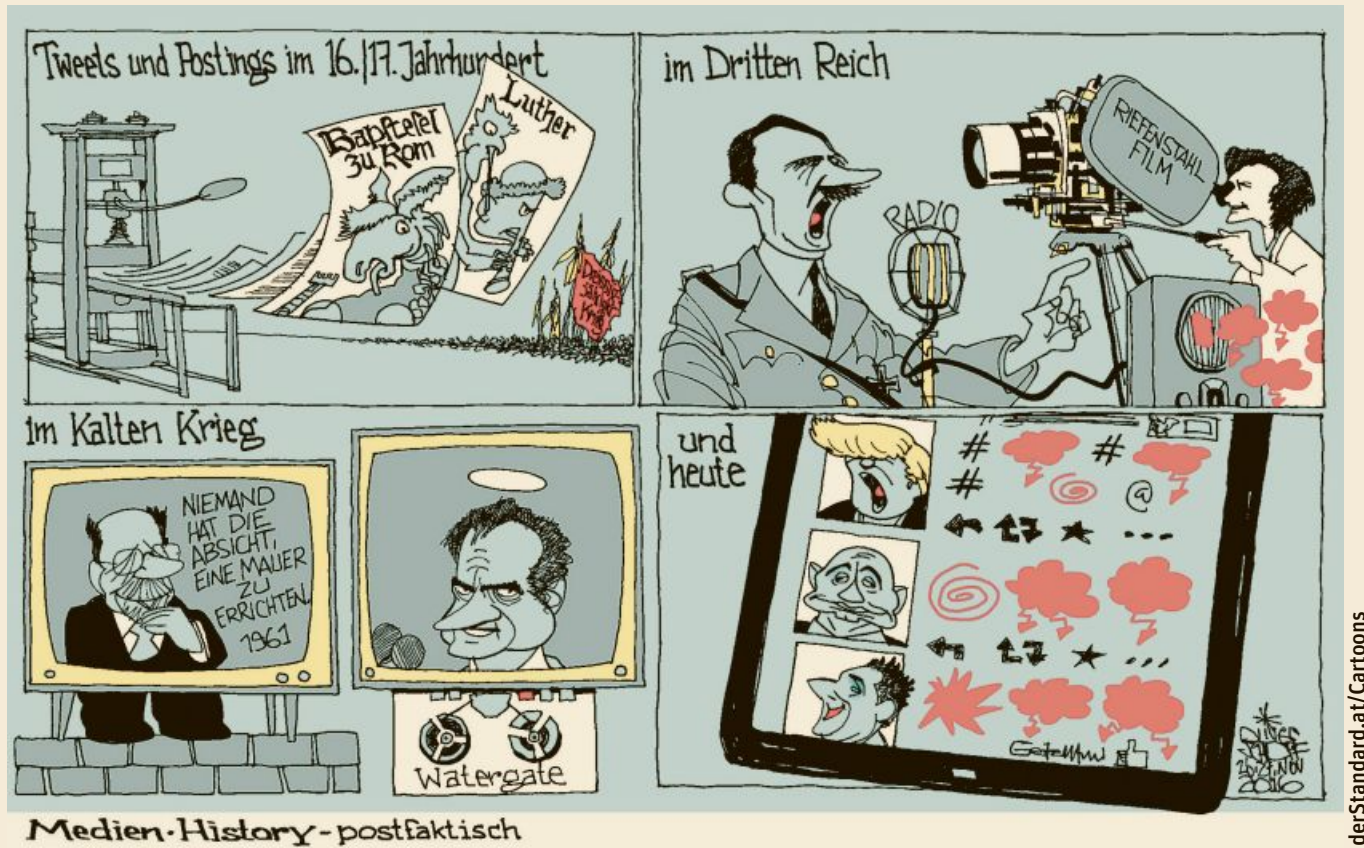
Wer gegenüber seinen Mitmenschen leicht aggressiv wird, ständig droht und herumbrüllt, hat schon verloren: Er ist schwach, nicht stark. So jemand ist verunsichert und unsouverän. Deshalb verunsichert er andere, verletzt deren Souveränität – bis sich alle abwenden.

Diese Grundregel für zivilisiertes Zusammenleben gilt nicht nur im Privatleben, sie betrifft auch Staatspräsidenten wie Tayyip Erdogan. Dieser hat der Union wieder einmal den Bruch des Migrationspakts angedroht – gefühlt zum dreißigsten Mal. Kann man das ernst nehmen?

Das sollte man, denn Erdogan spielt mit Menschenleben. Sein Ministerpräsident Binali Yildirim redete davon, man könnte syrische Flüchtlinge quasi als Waffe einsetzen: Zigttausende würden „Europa überfluten und übernehmen“. So reden auch die (extremen) Rechtspopulisten.

Aber was sollten verantwortliche Politiker in der EU tun? Erstens: dem diplomatischen Gebrüll aus Ankara nicht selbst ständig mit „starken Sprüchen“ antworten. Man muss „den Türken“, die beileibe nicht alle für Erdogan sind, nicht täglich erklären, sie seien prinzipiell „nicht europareif“.

Zweitens: sachlich bleiben. Ein EU-Beitritt ist auf Sicht kein Thema; die Türkei ist wirtschaftlich von der EU abhängiger als umgekehrt. Erdogan schreit so laut, weil die Konflikte zunehmen; weil das von ihm drangsalierte Land schwächelt, Investitionen braucht. Mit Flüchtlingshandel und Brutalität gewinnt er die Gunst von Investoren nicht.



Medien-History - postfaktisch

derStandard.at/Cartoons

MINDESTSICHERUNG

Bürger zweiter Klasse

Günther Oswald

Hans Niessl widerspricht wieder einmal der Linie der Bundes-SPÖ. Das ist nicht wirklich überraschend. Der burgenländische Landeshauptmann scheint längst Gefallen daran gefunden zu haben, seine Parteifreunde durch abweichende Meinungen öffentlich vorzuführen.

Dieses Mal geht es um die Mindestsicherung und um den Umgang mit Flüchtlingen. SPÖ-Chef Christian Kern und sein Sozialminister Alois Stöger haben die Verhandlungen mit der ÖVP nicht zuletzt deshalb abgebrochen, weil sie – gestützt auf Rechtsexperten – der Meinung sind, eine Schlechterstellung von Asylberechtigten sei nicht zulässig. So sehen das Verfassung und europäisches Recht vor.

Rechtsstaatliche Prinzipien spielen aber in emotionsgeladenen Zeiten, in denen wir leben, anscheinend keine große Rolle mehr – auch bei einigen Kommentatoren. Bei Bedarf solle Österreich doch Europarecht einfach „negieren“, schlug der Profil-Herausgeber zuletzt vor, um hinzuzufügen, es dürfe selbstverständlich „Bürger zweiter Klasse“ geben.

Hans Niessl, ein sogenannter Sozialdemokrat, sieht das offenbar genauso – und bringt damit seine Parteikollegen in Wien unter Druck. Das ist offenbar die neue Solidarität im Jahr 2016. Praktischerweise wird in der SPÖ gerade an einem neuen Parteiprogramm gearbeitet. Im aktuellen steht noch: „Wir streben eine Gesellschaft an, in der Klassen-gegensätze überwunden sind.“ Wird Niessl in der SPÖ mehrheitsfähig, sollte man den Satz einfach streichen.

STREIK BEI LUFTHANSA

First Class für den Schlichter

Birgit Baumann

Für Reisende ist das natürlich hart. Von einem Tag auf den anderen haben die Piloten der Lufthansa angekündigt, weiterhin zu streiken. Es ist ein nervenaufreibender und kostenintensiver Arbeitskampf, der sich da abspielt. Kaum jemand kann noch nachvollziehen, welche Nuancen von Angeboten gerade auf dem Tisch liegen. Natürlich ist es einfach, mit dem Finger genervt auf die „gierigen“ Lufthansa-Piloten zu zeigen.

Ganz unrichtig ist es auch nicht, fühlen sie sich doch nach wie vor als die Elite einer Berufsgruppe, deren Erscheinungsbild sich stark gewandelt hat. Der Pilot hatte früher auch pekuniären Sexappeal. Heute jedoch, da Fliegen dank der in Deutschland stark vertretenen Billiglinien den Status von Busfahren hat, wird viel weniger gezahlt.

Diesen Teil der Realität blenden die streikenden Piloten jedoch aus. Allerdings muss man auch dem Management Vorwürfe machen. Ganz offensichtlich schafft es Lufthansa-Chef Carsten Spohr nicht, seinen Beschäftigten die Notwendigkeit des Sparens klarzumachen.

Und wenn es im Konzern mehr Geld für die Vorstände gibt, dann ist es auch schwierig, den Piloten das Sparen schmackhaft zu machen. Die verfahrenere Situation jedenfalls ist unerträglich. Es leiden die Passagiere, es leidet der Konzern – und das werden auch die Piloten zu spüren bekommen. Höchste Zeit, dass man einem Schlichter ein First-Class-Ticket nach Frankfurt zu Verhandlungen ausstellt.

Staatliche Auflagen für Facebook

Soziale Medien sollen für Falschinformationen zur Verantwortung gezogen werden

Alexandra Förderl-Schmid

Gefälschte Nachrichten und Hassbotschaften verbreiten sich immer rasanter im Netz und stellen eine Herausforderung für die Demokratie dar. Im US-Wahlkampf hat sich gezeigt, wie sich falsche Informationen über Immigranten und Muslime viral verbreiten und einen beträchtlichen Beitrag dazu geleistet haben, dass Donald Trump Präsident wird. Auch im zunehmend inhaltsleerer und schmutziger werdenden Bundespräsidentenwahlkampf werden Falschinformationen gezielt verbreitet nach dem Motto: Irgendwas wird schon hängenbleiben.

Vor allem Facebook steht in der Kritik – und das zu Recht. Dass Facebook durch seine Algorithmen die Meinungsbildung beeinflussen kann, ist ein Faktum. Es werden jene Nachrichten eingebildet, für die man selbst bisher Interesse gezeigt hat oder die von Freunden gutgeheißen wurden. Der US-Informatiker Nicolas Negroponte hat dafür den Begriff „Daily me“ geprägt – die tägliche Selbstbestätigung in der Echokammer. Die zunehmend personalisierte Form der Internetsuche auf Google und anderen Suchmaschinen trägt dazu bei, das Problem der „Filterblase“ zu verschärfen. Der US-Wissenschaftler Cass Sunstein sieht bereits die Gefahr einer Gruppenpolarisation.

Facebook hat das Problem anfangs geleugnet und nun doch reagiert: Ein Team von Faktencheckern soll sich nun um Falschmeldungen kümmern. Ob das reicht? Wer jemals versucht hat, bei Facebook oder Twitter die Löschung einer Meldung zu erreichen, die man selbst als sexistisch, gewaltverherrlichend oder gar als Bedrohung einstuft, weiß, wie schwierig das ist. Im Regelfall kommt die Antwort, dass dieses Posting „nicht gegen unsere Gemeinschaftsstandards verstößt“.

Laut *mobilegeeks.de* sind inzwischen 600 Mitarbeiter in Deutschland damit beschäftigt, solchen Meldungen nachzugehen. Angesichts von mehr als 35 Millionen Nutzern im deutschsprachigen Raum ist das zu wenig. Wie ein Insider berichtet, muss jeder täglich 1850 Fälle bearbeiten, und die Regeln für eine Löschung sind streng.

Facebook bezieht sich dabei auf den Ersten Verfassungszusatz in den USA, in dem Meinungsfreiheit sehr breit ausgelegt wird. In dieser liberalen Tradition argumentiert auch der Oxford-

Historiker Timothy Garton Ash in seinem jüngsten Buch *Redefreiheit*. Aber damit wird Facebook seiner Verantwortung entbunden, zumal nicht nur der US-Konzern, sondern auch Nutzer durch Werbung Geld verdienen. Da gefälschte Nachrichten häufiger angeklickt werden, profitieren beide. Je mehr Fake-News, desto mehr Profit. Facebooks Gewinn im dritten Quartal: 2,38 Milliarden Dollar.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte diese Woche über Fake-News, die Politik müsse „mit diesen Phänomenen umgehen und, wo notwendig, sie auch regeln“. Justizmi-

nister Heiko Maas erklärte, wie Facebook solle unter medienrechtliche Regulierung gestellt werden.

Das ist ein deutliches Signal: Die Politik vertraut nicht mehr auf die Selbstregulierung durch das Unternehmen. Facebook sollte seine Algorithmen offenlegen und transparent machen, wie Nachrichten kanalisiert werden. Außerdem muss klargestellt werden: Facebook ist auch für Inhalte verantwortlich. Die sozialen Medien haben auch eine soziale Verantwortung. Die Argumentation von Facebook, man sei nur eine Plattform, wird nicht mehr akzeptiert.

KOPF DES TAGES

Wenn der Kampf für Frauenrechte zum Verrat wird

Ägypterin Mozn Hassan erhielt in absentia den Alternativen Nobelpreis.

Foto: Right Livelihood Award

der Lage klar, als ihr verboten wurde, Ägypten zu verlassen. Internationale und ägyptische Frauenorganisationen taten sich im Protest zusammen: Der damals erststandene Öffentlichkeit ist auch die Verleihung des Alternativen Nobelpreises, wie der RLA oft genannt wird, zu verdanken.

Das Besondere an der feministischen Arbeit von Mozn Hassan, die einen Master in Menschenrechten an der American University in Kairo hat, ist ihre Kreativität: Da gibt es neben den „normalen“ Aktivitäten und klassischen Empowerment-Projekten etwa „Feministenschulen“ (auch für Männer!), Theaterprojekte

zur Erforschung der Bedeutung des Maskulinen oder auch die Produktion von Comics und Musik, die die Idee des Feminismus verbreiten sollen.

Die 2007 von ihr gegründete „Nazra für feministische Studien“ hat aber auch eine Gewalt Hotline und organisiert rechtliche Vertretungen für Frauen. Da liegt für die Behörden natürlich der Hund begraben: Gewalt gegen Frauen ist systemimmanent, sie kommt auch vom Staat. Es war ein gewisser General Abdelfattah al-Sisi, der 2011 während der Tahrir-Proteste die von Armeestellen vorgenommenen Jungferntests an Demonstrantinnen rechtfertigen musste. Gudrun Harrer